

Die Parteienfinanzierung – ein heisses Thema

Über die Parteienfinanzierung wird in allen Ländern mehr oder weniger heftig debattiert. In Basel ist dieses Thema seit der Affäre um den Financier Behring im Zusammenhang mit Ständerätin Anita Fetz zwar diskutiert worden, aber die Parteien fürchteten sich davor, die Finger zu verbrennen und äusserten sich nicht. Die SP hatte immer deklariert, dass sie ihre Wahlkämpfe nur über Mitgliederbeiträge finanziere. Als dann publik wurde, dass grosse Summen von dem, in den Medien als dubios bezeichneten Financier Behring, an Frau Fetz gingen, war das Erstaunen gross über die enge Verbindung zwischen der Vorzeigefrau der SP und einem Mann, der 100'000 Franken für ein Nachtessen in London ausgibt. Doch Frau Fetz hatte immer erklärt, sie wäre eine Hedonistin, also eine Anhängerin einer Lehre, nach der das höchste ethische Prinzip das Streben nach Sinneslust ist. Offenbar sind die Wähler der Ansicht, dass dieses Prinzip genügt um den Stand Basel in Bern zu vertreten. Diese Affäre wäre ein guter Grund für die Parteien, einmal über die Bücher zu gehen.

Den anderen Parteien geht es aber ebenfalls nicht um mehr Transparenz. Man kann bei allen grossen Parteien davon ausgehen, dass sie nicht daran interessiert sind, ihre Finanzen offen zu legen. Der Grund ist einfach: Niemand zahlt gerne viel Geld, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Es gibt natürlich Privatspender, die gerne möchten, dass eine bestimmte Politik einer Partei sich durchsetzt. Das sind meist kleinere Spenden. Grössere Spenden kommen in der Regel von Firmen und Verbände. Sie gehen davon aus, dass man ihre Interessen auch angemessen berücksichtigt, d.h. sie können bei kontroversen Themen auch einen gewissen Druck erzeugen. Es gibt Parteien, die als Vertretung der Wirtschaft gelten und deren Vertreter als Lobbyisten betrachtet werden können. Ob das den Wählern klar ist, bleibe dahingestellt. Andererseits gibt es auch Parteien, die die Wirtschaft verdammen, aber von dieser sehr gerne substanzielle Spenden entgegennehmen. Damit wird natürlich der Wähler getäuscht und aus diesem Grunde sollte weitaus mehr Transparenz über grössere Spenden herrschen. Daher sollten in Zukunft grössere Spenden offengelegt werden, damit sich der Wähler ein Bild machen kann, wem der Gewählte verpflichtet ist.